

## **01.03.2007 | Eckpunkte zum Gentechnikrecht lassen Fragen offen**

*Zur Verabschiedung von Eckpunkten für eine Novelle des Gentechnikrechts im Kabinett am 28. Februar 2007 erklärt Mechthild Rawert, Mitglied im Ausschuss Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:*

Ich begrüße es, dass wir nun endlich mit dem parlamentarischen Verfahren hinsichtlich eines Gesetzes beginnen werden. Die völlig unterschiedlichen Positionierungen von SpitzenpolitikerInnen innerhalb der CDU/CSU haben in den vergangenen Monaten zu einer großen Verunsicherung seitens der Verbraucherinnen und Verbraucher geführt.

Bereits jetzt ist deutlich, dass es im Gesetz noch deutliche Verbesserungen für den Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft, für den Erhalt der Wahlfreiheit der Verbraucherinnen und Verbraucher und im Bereich der Transparenz geben muss. Die vom Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Horst Seehofer vorgestellten Eckpunkten reichen bislang nicht aus.

Bezogen auf die ersten Entwürfe sind durch Intervention der SPD-Bundestagsfraktion aber bereits einige Fortschritte für die Verbraucherinnen und Verbraucher sowie für die gentechnikfreie Landwirtschaft erreicht worden: So wird zum Beispiel klargestellt, dass die Haftung für Verunreinigungen durch gentechnisch veränderte Organismen (so genannte GVO-Verunreinigungen) nicht eingeschränkt wird und dass die gute fachliche Praxis unabhängig davon gilt, ob auf benachbarten Feldern Lebens- und Futtermittel oder nachwachsende Rohstoffe angebaut werden.

Die Union hat auch eingestehen müssen, dass die Eckpunkte in Bezug auf die Haftungsregeln bestehende Probleme ungelöst lassen und sogar neue schaffen. Beispielsweise können durch den Einsatz von Gentechnik immense Folgekosten für die gentechnikfreie Landwirtschaft entstehen. Dazu ist im weiteren Verfahren auf Druck der SPD eine umfassende Fachtagung vereinbart worden, deren Ergebnisse in die Gesetzgebung einfließen werden. Ohne einen deutlich erweiterten Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft wird es kein neues Gesetz geben.